

Bildungsminister fordert entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus in Schulen

Anstieg rechtsextremer Vorfälle an Brandenburger Schulen: Bildungsminister fordert Maßnahmen und Unterstützung zur Bekämpfung.

In Brandenburg ist ein alarmierender Trend zu beobachten: Während des ersten Schulhalbjahres 2023/24 ist die Anzahl rechtsextremer Vorfälle an Schulen erheblich angestiegen. Dieser Anstieg geht mit einem Wandel in der Gesellschaft einher, der sich auch auf die Bildungsinstitutionen auswirkt. Die Bildungseinrichtungen stehen vor neuen Herausforderungen, die weitreichende Folgen für Schüler und Lehrer haben.

Reaktionen und Maßnahmen der Regierung

Bildungsminister Steffen Freiberg (SPD) hat als Reaktion auf diese steigenden Fallzahlen klare Maßnahmen gefordert. Er stellte fest, dass Schulen keine Neutralität gegenüber den Grundwerten der Verfassung – wie Gleichheit und Meinungsfreiheit – einnehmen dürfen. In einem eindringlichen Appell an die Lehrkräfte betonte er: „Jedes Ereignis muss verfolgt und konsequent behandelt werden.“ Freiberg sieht auch die Notwendigkeit, Schulen bei der Bekämpfung von Extremismus zu unterstützen und hat bereits Initiativen zur Sensibilisierung für diese Thematik ins Leben gerufen.

Zusätzliche Verantwortung für Schulen

Ein Gesetz, das seit Januar in Kraft ist, schreibt Schulen vor,

Vorfälle von Nationalsozialismus-Verherrlichung und Rassismus zu melden, was zuvor nicht verpflichtend war. Diese gesetzliche Verpflichtung stellt eine wichtige Maßnahme dar, um rechtsextreme Tendenzen in der schulischen Umgebung zu dokumentieren und gezielt anzugehen.

Erfahrungen aus dem Schulalltag

Ein anonym veröffentlichter Brief von Lehrkräften aus Burg im Spreewald hat die Aufmerksamkeit auf die täglichen Herausforderungen gelenkt, mit denen viele Lehrer konfrontiert sind. In diesem Schreiben schilderten sie die alltäglichen Begegnungen mit Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie. Diese schweren Vorfälle haben dazu geführt, dass einige Lehrer ihre Stellen aufgegeben haben, da die Bedingungen unerträglich geworden sind. Solche Erlebnisse spiegeln ein breiteres Problem wider, das in vielen Schulen im gesamten Bundesland auftritt. Die zunehmenden Meldungen aus den Schulausschüssen verdeutlichen, dass diese Probleme nicht isoliert sind, sondern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen betreffen.

Bildungsprojekte gegen Extremismus

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzt das Bildungsministerium das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ fort. In diesem Rahmen werden Lehrer in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und rassistischen Ansichten geschult. Freiberg erklärte, dass es wichtig sei, Schulen als sichere und demokratische Orte zu fördern. „Wir finden Wege, um die Schulen zu unterstützen und ihnen zu helfen, den Angriffen von außen entgegenzuwirken“, sagte er. Die Förderung von Projekten zur Stärkung der Demokratie in Schulen bleibt eine wichtige Priorität für die Landesregierung.

Ein Blick in die Zukunft

Die Warnung des Ministeriums im Mai bezüglich der rechtsextremen Partei „Das Dritte Weg“, die aktiv in Schulen Einfluss nehmen möchte, zeigt, wie wichtig es ist, die Schulgemeinschaft zu schützen und wachsam zu bleiben. Diese Herausforderungen benötigen nicht nur kurzfristige Lösungen, sondern einen langfristigen Ansatz zur Stärkung der Werte wie Toleranz und Respekt. Ein gemeinsames Engagement von Lehrern, Eltern und der Gesellschaft ist entscheidend, um eine positive Entwicklung zu fördern und Extremismus in der Bildungslandschaft der Zukunft zu verhindern.

Insgesamt ist die Situation in den Brandenburger Schulen ein Zeichen für ein gesellschaftliches Phänomen, das auf die Notwendigkeit eines entschiedenen Handelns hinweist. Der Umgang mit Rechtsextremismus erfordert umfassende Strategien und die aktive Einbindung aller Beteiligten, um eine sichere und inklusive Lernumgebung zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)